

Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärkt Demokratie

Sibylle Laurischk

Gerade für Liberale ist bürgerschaftliches Engagement Ausdruck einer lebendigen Bürgerkultur. Eine Gesellschaft, in der Probleme nicht wie selbstverständlich bei öffentlichen Einrichtungen abgegeben werden, eine Gesellschaft, in der Bürger für Bürger da sind. Der Einzelne ist selbst gefordert, in eigener Verantwortung. Mit eigener Kraft. Mit der Bereitschaft, Risiken zu übernehmen. Auch mit der Bereitschaft, den wirklich Schwachen und Benachteiligten solidarisch zur Seite zu stehen. Nur durch einen solchen Bürgersinn wird eine Gesellschaft entstehen, die eher als jede andere in der Lage ist, mit den Herausforderungen der Zukunft fertig zu werden.

Bürgerschaftliches Engagement fördert nicht nur das soziale Kapital unserer Gesellschaft, sondern ist ein Weg zur Selbstverwirklichung und Mitgestaltung.

Anhand der nachfolgenden Zahlen ist der Wert des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft nachzuvollziehen: Die Deutschen haben im Jahr 2009 rund 4,6 Milliarden Stunden ehrenamtliche bürgerschaftliche Arbeit geleistet (vgl. Engagementatlas 2009, AMB Generali). Bei einem angenommenen Stundenlohn von 7,50 Euro tragen sie damit jährlich eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Milliarden Euro zu unserem Gemeinwesen bei.

Solidarität und Verantwortungsbewusstsein, die Weitergabe von Wissen und Erfahrungen, die Suche nach sozialen Kontakten, der Wunsch, sich neue Erlebniswelten zu erschließen oder einfach das Gefühl, gebraucht zu werden, sind nur einige Motive, sich sozial zu engagieren.

Daher ist es gerade für Jugendliche besonders wichtig, sich in unsere Gesellschaft einzubringen. Egal ob in Jugendorganisationen, Sportvereinen oder bei der freiwilligen Feuerwehr, vom freiwilligen Einsatz profitieren meist beide Seiten – die Gesellschaft und auch die Jugendlichen selbst. Studien zufolge verhalten sich engagierte Jugendliche im Alltag sozialer, Werte wie Fairness stehen bei ihnen deutlich höher im Kurs als bei den Jugendlichen, die sich nicht einsetzen. Das freiwillige Engagement Jugendlicher ist somit Bestandteil gelingender gesellschaftlicher Sozialisation, ermöglicht zahlreiche Lernerfahrungen und schult in der Übernahme von Verantwortung. Darüber hinaus ist es Zeichen sozialer Integration, zu der es gleichzeitig auch beiträgt.

Hinsichtlich des Engagements von Kindern und Jugendlichen zieht die 16. Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2010 zwar eine positive Bilanz: Im Vergleich zu den Vorjahren sind immer mehr Jugendliche sozial engagiert. 39 Prozent setzen sich häufig für soziale oder gesellschaftliche Zwecke ein.

Dabei zeigen sich jedoch weiterhin soziale Unterschiede. Aktivität und Engagement sind bildungs- und schichtabhängig. Je gebildeter und privilegierter die Jugendlichen sind, desto häufiger sind sie im Alltag aktiv für den guten Zweck.

Die 16. Shell-Jugendstudie belegt demzufolge nachdrücklich, dass Bildung der Schlüssel zu politischem Interesse, Bereitschaft zum Engagement und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist, gleichzeitig aber noch immer die soziale Herkunft zu oft darüber entscheidet, wie zufrieden Kinder und Jugendliche mit ihrem eigenen Leben sind.

Die Shell-Jugendstudie kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass das Interesse der Jugendlichen an Politik wieder leicht ansteigt. Auch wenn das politische Interesse bei Jugendlichen weiterhin deutlich unter dem Niveau der 1970er und 1980er Jahre liegt, ist der Anteil der politisch Interessierten im Vergleich zu 2002 und 2006 angestiegen. Dieser leichte Anstieg ist zum einen auf die mittleren und gehobenen Schichten und zum anderen auf die Jüngeren zurückzuführen. Bei den 12- bis 14-Jährigen ist das Interesse von 11 Prozent in 2002 auf mittlerweile 21 Prozent gestiegen. Und auch bei den 15- bis 17-Jährigen gab es eine positive Trendwende: In 2002 waren in dieser Gruppe 20 Prozent politisch interessiert, heute sind es 33 Prozent. Kein Anstieg ist hingegen bei den Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren zu verzeichnen. (vgl. 16. Shell-Jugendstudie 2010)

Trotz der allgemeinen Politik- und Parteienverdrossenheit sind Jugendliche durchaus bereit, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, insbesondere dann, wenn ihnen eine Sache persönlich wichtig ist. So würden 77 Prozent aller jungen Leute bei einer Unterschriftenaktion mitmachen. Immerhin 44 Prozent würden auch an einer Demonstration teilnehmen. (vgl. 16. Shell-Jugendstudie 2010)

Die Shell Jugendstudie verdeutlicht die Notwendigkeit, die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Politisch aktiv zu sein ist zentraler Bestandteil der demokratischen Ordnung und Kultur unseres Landes.

Um Politikverdrossenheit vorzubeugen und das Verständnis für demokratische Prozesse und Abläufe unseres Staatswesens zu stärken, müssen die Beteiligungsrechte von jungen Menschen verbessert werden.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Ergebnisse der Bertelsmann-Studie »Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland« aus dem Jahr 2005. Darin wird aufgezeigt, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in der Familie am größten sind. In der Schule nehmen sie bereits deutlich ab und am geringsten sind sie im wohnortnahen Umfeld. Empirische Studien zeigen, dass vor allem stark formalisierte Verfahren in Schule und Kommune von Jugendlichen als wenig bedeutsam und wenig wirkungsvoll bewertet werden.

Jugendliche müssen daher stärker über ihre Beteiligungsrechte aufgeklärt werden und die Möglichkeit haben, sich direkt wie indirekt an politischen Prozessen zu beteiligen. Wichtig ist auch, dass für Kinder und Jugendliche die Ergebnisse ihrer Beteiligung wahrnehmbar und erfahrbar sind und sie auf diese Weise den Nutzen von politischem Engagement erkennen.

Aufgabe des Bundes ist es dabei, sich in Kooperation mit den Ländern für Modellprogramme und erfolgreiche Initiativen zur Förderung des Engagements von Jugendlichen und Kindern einzusetzen. Der Bund unterstützt aktuell eine Vielzahl von Projekten, bei denen der Beteiligungsaspekt von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt steht. Mit rund 10 Millionen Euro für die Politische Bildung wurden beispielsweise die notwendigen Kompetenzen und Möglichkeiten zur Partizipation junger Menschen gestärkt. In den durch Bundesmittel geförderten Kursen und Projekten wird Partizipation inhaltlich und methodisch (Planspiele, Lernwerkstätte, u. v. a.) umgesetzt.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Partizipationspolitik der Bundesregierung ist die Förderung der Jugendverbandsarbeit. Jugendbeteiligung ist hier das konstituierende Merkmal: Junge Menschen organisieren, gestalten und verantworten ihre Jugendarbeit selbst, gemeinsam und verantwortlich. Jugendverbandsarbeit auf Bundesebene ist gekennzeichnet durch die Vielfalt von Verbänden unterschiedlicher Wertorientierung und die Vielfalt der Inhalte, Methoden und Arbeitsformen. Allein mit der Förderung und Sicherung der bundeszentralen Infrastruktur wird die Jugendverbandsarbeit für jährlich 5,5 Millionen Kinder und Jugendliche unterstützt. Hierfür stellt der Bund rund 15 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung.

Meines Erachtens ist es wichtig, dass Bund und Länder langfristig verbindliche Qualitätsstandards für Partizipationsinstrumente entwickeln, um für mehr Verbindlichkeit und Transparenz bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu sorgen. Dabei sind Projekte, bei denen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt steht, fortzusetzen. Ein gelungenes Beispiel für ein solches Projekt sind die »Jugend PolitCamps«. Dabei werden gemeinsam mit Jugendverbänden und anderen Partnern neue Wege und Methoden ausgelotet, um die Partizipationschancen der digitalen Welt für alle Jugendlichen zu erschließen. Ziel dieser Plattform ist es, innovative Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, wie Kinder und Jugendliche die Chancen des Internets nutzen und dabei gegen Risiken geschützt werden können. Vor allem Jugendliche sollen so stärker als bisher in die Kommunikation mit der Politik einbezogen werden und sich mit eigenen Ideen engagieren.

Auch Kampagnen wie die »U18-Wahl« können dazu beitragen, das Interesse Jugendlicher am politischen System und politischen Geschehen zu erhöhen und das Politikverständnis allgemein zu verbessern. Das Projekt Jugendwahl/U18-Wahl führt neun Tage vor Bundestags- oder Landtagswahlen eine sogenannte Jugendwahl durch. Ziel ist es, Jugendliche dabei zu unterstützen, politische Prozesse zu verstehen, Unterschiede in den Wahl- und Parteiprogrammen zu erkennen sowie Versprechen von Politikern und Parteien zu hinterfragen. Im Rahmen der Jugendwahl zur Bundestagswahl 2009 gaben 127.208 Kinder und Jugendliche ihre Stimme in 1.091 Wahllokalen ab.

Im Zusammenhang mit dem neuen Bundesfreiwilligendienst werden Rahmenbedingungen geschaffen, die es ermöglichen, das Engagement von Jugendlichen zu heben. Die Jugendfreiwilligendienste tragen dazu bei, die Bildungsfähigkeit von Jugendlichen zu verbessern und geben jungen Menschen die Möglichkeit zur persönlichen und beruflichen Orientierung. Daher stellen die Freiwilligendienste nicht nur einen Weg zur Selbstverwirklichung und Mitgestaltung der Engagierten dar, sondern mehren auch das soziale Kapital unserer Gesellschaft.

Das Freiwilligendienstkonzept wurde in diesem Jahr verabschiedet. Es stellt die größte engagementpolitische Initiative in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Das Konzept sieht einen Ausbau der bestehenden Jugendfreiwilligendienste FSJ und FÖJ vor sowie die Einrichtung eines neuen Bundesfreiwilligendienstes. Rund 70.000 Plätze können zukünftig jährlich in den Freiwilligendiensten besetzt werden. Somit hat jeder, der sich für die Ausübung eines Freiwilligendienstes entscheidet, die Möglichkeit zu freiwilligem Engagement. Durch das neue Freiwilligendienstkonzept hat die schwarz-gelbe Koalition das bürgerschaftliche Engagement in unserer Gesellschaft gestärkt und den Weg für mehr Engagement - gerade auch von Jugendlichen - geebnet.

Nun ist es erforderlich ein Freiwilligendienststatusgesetz auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, der Vielfalt der Angebote einen rechtlichen Rahmen vorzugeben, ohne hierbei bewährte Dienstformate anzugleichen oder zu schwächen. Dabei soll das Gesetz die gesellschaftliche Anerkennung der Freiwilligendienstleistenden stärken und der Weiterentwicklung der Freiwilligendienste dienen. Die jeweiligen Freiwilligendienste sollen transparenter und übersichtlicher gestaltet und somit die Rechtssicherheit - vor allem für die Freiwilligen - erhöht werden.

Um das Engagement von Kindern und Jugendlichen noch besser zu erschließen, brauchen wir nicht zuletzt die gesellschaftliche Wertschätzung freiwilligen Engagements. Ehrenamtliches Engagement, welches häufig mit erheblichem Zeitaufwand verbunden ist, muss stärker gewürdigt werden. Diese Anerkennung ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Medien, Verbänden und Gesellschaft. Eine verbesserte Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements kann dabei auf allen staatlichen Ebenen stattfinden, zum Beispiel durch Eintrittsermächtigungen in kulturelle Einrichtungen oder ermäßigte Fahrpreise im Öffentlichen Personennahverkehr.

Für sinnvoll erachte ich auch die Einführung eines Freiwilligendienstzeugnisses, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an alle Teilnehmer eines Freiwilligendienstes ausgehändigt werden könnte.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet gesellschaftliche Integration im Sinne von Teilhabe am politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen dazu ermutigen, mit ihren Ideen sowie Mitverantwortung und Mitbestimmung zu einer demokratischen Gesellschaft beizutragen.

Autorin

Sibylle Laurischk ist Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag. Die Rechtsanwältin ist seit 1990 Mitglied der FDP und seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sie ist außerdem Mitglied im Kuratorium der Stiftung MITARBEIT.

Kontakt:

Sibylle Laurischk

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (0 3 0) 227 – 72 0 61

Fax: (0 3 0) 227 – 760 62

E-Mail: sibylle.laurischk@bundestag.de

www.sibylle-laurischk.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de